

AL Info² / 20

3 Interview mit Pflegefachfrau und Aktivistin Nadine Deringer über das Gesundheitssystem in der Corona-Krise.

4 Albraum Weisse Schweiz. Andrea Leitner zu den «Black Lives Matter»-Demos in der Schweiz.

6 Christina Schiller zur Coronakrise und den Grundrechten.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Corona: wer bezahlt?

Theoretisch sind vor dem Virus alle gleich. Doch die Realität sieht komplett anders aus. Die Corona-Krise zeigt die gesellschaftliche Ungleichheit wie unterm Vergrösserungsglas. Sie trifft die Menschen, die weltweit und lokal am unteren Ende der sozialen Hierarchie stehen, gesundheitlich und wirtschaftlich am härtesten. Beengte Wohn- und Lebensverhältnisse und fehlender Zugang zu sauberem Wasser verunmöglichen wirksame Distanz- und Hygiene-Massnahmen. Die Notwendigkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit im informellen Wirtschaftssektor ohne soziale Absicherung zu bestreiten, steht in unauflösbarem Widerspruch zum Lockdown. Eine ungenügende oder im Zuge der Privatisierung kaputtgesparte öffentliche Gesundheitsversorgung komplettiert das Bild. Kein Wunder, liegen die Corona-Hotspots zurzeit in Ländern wie Brasilien, Mexiko und Indien. Und nicht zufällig fordert COVID-19 in den USA unter den People of Color proportional weit mehr Todesopfer als unter den Weissen.

Die Prekarisierung wird sichtbar

Mit der Kurzarbeitsentschädigung verfügt die Schweiz über ein robustes Instrument, um den Abbau von Arbeitsplätzen bei einem Wirtschaftseinbruch aufzuhalten. Das hat uns bis jetzt, im Gegensatz zu anderen Ländern, dramatische soziale Verwerfungen erspart. Doch auch bei uns hat sich die Schere aufgetan. Die einen konnten geschützt im Home-Office arbeiten, die anderen mussten sich exponieren, um vor Ort – häufig schlecht entlohnt und oft ungenügend mit Schutzmaterial ausgerüstet – Versorgung und Pflege zu gewährleisten und die öffentli-

che Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Schockartig ist mit der Krise die verdeckte Armut von Menschen, die schon vor Corona marginalisiert waren, ans Licht getreten. Sichtbar geworden ist auch das enorme Ausmass prekarisierter Arbeitsverhältnisse mit fehlender sozialer Absicherung, die sich beim geringsten wirtschaftlichen Rückschlag als brüchig erwiesen. Skandalös war der Kniefall des Bundesrats vor der Immobilien-Lobby und die Weigerung, für die Zeit der Zwangsschliessungen einen Mieterlass zu dekretieren.

Economiesuisse: Erst Milliarden vom Staat kassieren, dann Steuern senken

Kaum hatten sie bei der mit Steuergeldern gestützten Arbeitslosenversicherung für die Kurzarbeit die hohle Hand gemacht, schütteten einzelne Firmen ohne Wimpernzucken Dividenden aus. Bei TA Media 37 Mio Franken, davon knapp drei Viertel an den Coninx & Ellermann-Familienclan. Die NZZ verteilte 8 Mio Franken und Chefredaktor Gujer publizierte am Tag der Generalversammlung – sozusagen als Bhaltis für die Aktionär*innen – sein schäbiges Pamphlet gegen den «Seuchen-Sozialismus». Ein Antrag, den Selbstbedienungsladen für Kurzarbeit-Profiteure zu schliessen, wurde im Nationalrat hauchdünn angenommen, dann aber vom Ständerat abgeschossen.

Im Moment ist ungewiss, wie sich die Pandemie weiterentwickelt, wie heftig der wirtschaftliche Einbruch ausfällt und wie lange er anhält. Doch der Kampf um die Verteilung der Corona-Lasten ist bereits im Gang. Economiesuisse erprobt neue Verkaufsstrategien für ihre ideologischen

Ladenhüter wie die Abschaffung der Stempelsteuer (minus 2 Milliarden) und der Industriezölle (minus 550 Mio), vom Nationalrat im ersten Durchgang bereits verworfen. Die Corona-Schulden sollen im Rahmen der Schuldenbremse und unter Beizug der Gewinnausschüttungen der Nationalbank abgebaut werden. Nota bene über neue Sparprogramme.

Lohn- und Steuer-Offensive von links

Nach der temporären Corona-Schockstarre muss die Linke jetzt in die Offensive gehen. In der Krise hat die Bevölkerung erkannt und im Vergleich zu ausländischen Beispielen schätzen gelernt, was ein ausgebauter Sozialschutz und ein funktionierender service public im Gesundheits- und Pflegebereich wert sind. Jetzt gilt es, aktiv für die Pflege-Initiative einzustehen und eine bessere Entlohnung des Pflegepersonals einzufordern. Mit den soeben lancierten Mindestlohn-Initiativen in Zürich, Winterthur und Kloten können wir prekären Arbeitsverhältnissen in Tieflohnbranchen entgegenzutreten.

Im Zentrum steht die Lastenverteilung. Mit einer parlamentarischen Initiative fordert die AL-Kantonsratsfraktion zum Abtragen von Corona-Lasten eine auf fünf Jahre befristete Zusatzsteuer auf Vermögen über 2 Mio Franken. Und mit unserer Anfang April eingereichten kantonalen Initiative gegen Steuergeschenke an Grossaktionär*innen wollen wir die 2008 eingeführte reduzierte Besteuerung von Dividenden korrigieren. Hier müssen wir ansetzen.

Niklaus Scherr

Parolen

Abstimmungen vom 27. September 2020

BUND:

Volksinitiative «Begrenzungsinitiative» **NEIN**

Jagdgesetz **NEIN**

Steuerliche Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten **NEIN**

KANTON ZÜRICH:

Zusatzleistungsgesetz **JA**

Unterhalt Gemeindestrassen **JA**

STADT ZÜRICH:

Privater Gestaltungsplan «Areal Hardturm-Stadion» **NEIN**

Volksinitiative «Sichere Velorouten für Zürich» **JA**

Für folgende kommunale und eidgenössische Abstimmungen fasst die AL ihre Parolen an der **VV vom 25. August 2020**:

BUND:

- Erwerbsersatzgesetz (Vaterschaftsurlaub)
- Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

STADT ZÜRICH:

- Instandsetzung ewz-Areal Herdern
- Bau Direktverbindung Wasserversorgung
- Neuregelung Kompetenzen Liegenschaftserwerb
- Beiträge an Pro Senectute Kanton Zürich

Termine

Dienstag, 25. August 2020: AL-Vollversammlung. Gemeinschaftsraum Hellmi, 19 Uhr.

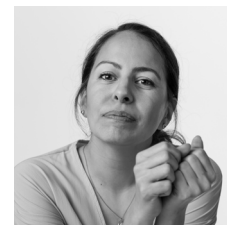
Dienstag, 29. September 2020: Mitgliederversammlung der AL Zürich. Gemeinschaftsraum Hellmi, 19 Uhr.

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: **www.al-zh.ch**

Danke Nadim Chammas — Herzlich Willkommen Ezgi Akyol

Nadim Chammas hat auf Ende April 2020 das Sekretariat der AL verlassen. Nadim war im hektischen Betrieb der AL immer ein ruhiger Pool. In zwei Wahlkämpfen half er tatkräftig, diese organisatorisch erfolgreich durchzuführen. Mit seiner beharrlichen Art hat er vieles im Hintergrund aufgeleitet und reorganisiert. So sind jetzt die Datenbanken endlich wieder auf dem neuesten Stand. Wir danken Nadim für seinen Einsatz für die AL und seinen kritischen Blick auf das Verbesserungspotential innerhalb der AL.

Auf den 1. Juni 2020 übernimmt Ezgi Akyol zuerst die Fraktionssekretariate von Kantons- und Gemeinderat. Ab 1. Juli 2020 wird sie zu insgesamt 60% auch im



Gaben und geben alles für ein gutes AL-Seki: Nadim Chammas und Ezgi Akyol.

Sekretariat tätig sein. Ezgi hat eine reiche politische Erfahrung in Zürich. Sei es in ausserparlamentarischen Aktionen (z.B. Citycard) oder durch ihren Einsatz als Gemeinderätin für die AL. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Markus Bischoff, AL-Vorstand

Digit-AL: Debatten im Netz

Die Corona-Krise hat in den letzten Monaten nicht nur unser aller Arbeits- und Sozialleben auf den Kopf gestellt, sondern auch die Demokratie selbst vor grosse Herausforderungen gestellt. Der Bundesrat hatte die ausserordentliche Lage ausgerufen, Grundrechte wurden eingeschränkt und wir als Partei konnten seit dem 17. März den Kontakt mit unserer Basis nicht wie gewohnt aufrechterhalten.

Vollversammlungen durchzuführen, ohne unsere Mitglieder zu gefährden, war nicht mehr möglich. Deshalb hat der Vorstand beschlossen, dem Kommunikationsdefizit mit Online-Talks entgegenzutreten, in denen AL-Exponent*innen jeweils ein Thema diskutieren, worauf die Zuhörer*innen im Anschluss Fragen stellen können.

Die erste Ausgabe im Mai zum Thema «Corona & Gesundheitspolitik» war gut besucht und das Gespräch mit Nadine Deringer (Pflegefachfrau) und Carolina Iglesias (Hebamme) hat eindrücklich vermittelt, womit Gesundheitsfachpersonen in den vergangenen Monaten konfrontiert waren.

Die Digit-AL-Ausgabe im Juni zu «Corona & Demokratie» hat einen Einblick in die Arbeit von Kantons- und Gemeinderat während der Krise vermittelt und thematisiert, was Corona für die Veränderungen in der Arbeitswelt bedeutet. Beide Ausgaben sind auf dem Youtu-

be-Kanal der AL verfügbar.

Die dritte Digit-AL-Ausgabe zu «Corona & Digitalisierung» steht noch an und die Reaktionen sowie die engagierte Teilnahme der Interessierten lassen uns mittlerweile sogar darüber nachdenken, das Format auch dann weiterzuführen, wenn reale Begegnungen und Vollversammlung wieder möglich sein werden. Es gibt noch viele Debatten zu führen!

Lisa Letnansky, AL-Vorstand

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Marco Toscano, Ezgi Akyol, Molkenstr. 21, 8004 Zürich, sekretariat@al-zh.ch, Tel. 044 242 19 45

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2000 Ex., Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Marco Toscano

Redaktion Niklaus Scherr, Andrea Leitner, Dayana Mordasini, Elvira Wieggers, Marco Toscano, Rosa Maino

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Im Gespräch mit Nadine Deringer

Nadine Deringer, Pflegefachfrau und selbständige Shiatsu-Therapeutin, ist Mitbegründerin des Vereins *Laudes infantis*, der vor 20 Jahren in den Armenenvierteln Bogotas ein Tauschhandelssystem aufgebaut hat, und Vorstandsmitglied von *KOMPAS*, einem Verein, der Komplementärtherapien für Menschen ohne Zusatzversicherung anbietet.

Du bist im März an Covid-19 erkrankt. Wie geht es dir heute?

Es geht mir wieder besser. Nach sieben Wochen kam mein Geschmacksinn zurück. Ich habe auf einer Velotour Gülle gerochen. Und mich darüber gefreut.

Wie hast du die Krise als selbständige Shiatsu-Therapeutin wirtschaftlich überstanden?

Ich konnte Ende April im Zuge der ersten Lockerung wieder arbeiten. Zwischenzeitlich erhöhte ich mein Pensum im Hospiz, wo sie froh um zusätzliche Arbeitskräfte waren. Gleichzeitig habe ich eine unglaubliche Solidarität und finanzielle Unterstützung von meinen Klient*innen erfahren.

Was beschäftigt dich gerade?

Aktuell bin ich etwas hoffnungslos, was die Forderungen aus dem Pflegebereich angeht. Zusammen mit anderen habe ich mich bei der Gesundheitskommission des Ständerats in einem Brief für bessere Löhne des Pflegefachpersonals stark gemacht. In einer ersten Antwort hat mir eines ihrer Mitglieder Interesse signalisiert und mich nach den konkreten Vorstellungen gefragt. Wenige Tage später lese ich im «Blick» ein Zitat von derselben Person, dass bei höheren Löhnen einfach die Krankenkassenprämien steigen werden. Das ist zu eindimensional gedacht.

Wie bist du vor 20 Jahren politisiert worden?

Ganz klar durch Erika Ziltener, die damals für die SP im Kantonsrat sass. Wir arbeiteten zusammen am Unispital. Von ihr durfte ich lernen, hinzustehen, für meinen Berufsstand einzutreten und auch dem Chefarzt kritische Fragen zu stellen. Dann natürlich durch den grossen Streik im Mai 2000. Das Zürcher Pflegefachpersonal hat während drei Tagen zuerst zwei, dann vier, dann acht Stunden die Arbeit niedergelegt. Der Streik wurde breit getragen und durch die «Aktion G'sundi G'sundheitspolitik» organisiert. Die Forderungen waren eine neue Berufsbe-



zeichnung und Lohnanpassungen. Es wurde per Gerichtsentscheid im Rahmen einer Diskriminierungsklage festgehalten, dass unser Beruf bezüglich Verantwortung, Belastung und Schichtarbeit mit dem einer Polizist*in zu vergleichen ist. Wir kamen dann in Lohnstufe 14 inklusive Lohnnachzahlungen über die letzten fünf Jahre. Allerdings ohne automatischen Lohnstufenanstieg, ich habe seit 10 Jahren denselben Lohn.

Was verbindet dich mit der AL?

Die AL steht mir klar am nächsten mit ihren Anliegen. Ich spende seit ein paar Jahren, aber Mitglied bin ich noch nicht. Parteizugehörigkeit war bisher kein Thema. Die Vorstellung aktiv in einer Partei zu sein, war mir zu viel. Aber im Bereich Gesundheitswesen oder im Umgang mit geflüchteten Menschen und bei allen sozialpolitischen Themen fühle ich mich der AL nahe.

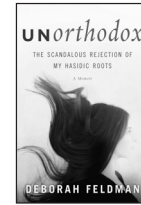
Du hast schon für die AL kandidiert. Wäre ein politisches Amt etwas für dich?

Ich wurde von einem Gemeinderat in Erlenbach angefragt, als AL-Kandidatin zu kandidieren. Ich bin nicht angetreten. Ich denke, mir käme vieles zu nahe. Zum Beispiel die Flüchtlingsthematik, da bin ich zu verzweifelt über die weltweite Situation.

Aber ich möchte Zeit in die berufspolitische Arbeit investieren, ich könnte sonst nicht im Pflegeberuf bleiben. Mögliche Veränderungen zu erreichen, ist momentan das Einzige, was mich motiviert. Es geht uns alle an, es sind gesellschaftliche Fragestellungen. Da ich teilprozentig arbeite, kann ich mir Zeit dafür nehmen. Ich werde auch an den Sitzungen der AL-Gesundheitsgruppe teilnehmen.

Interview: Dayana Mordasini

AL-Serientipp



Melanie Berner empfiehlt: «unorthodox».

Für ein bisschen Ablenkung während des Veranstaltungsverbots sorgte die deutsch-amerikanische Mini-Serie «unorthodox». Sie umfasst vier Episoden à ca. 55 Minuten und basiert lose auf dem 2012 erschienen Buch «Unorthodox» von Deborah Feldman. Erzählt wird die Geschichte der jungen Esty, Mitglied einer ultra-orthodoxen jüdischen Gemeinde in New York. Esty ist nicht glücklich. Sie verlässt ihren Mann und flüchtet nach Berlin. Ihr Mann, begleitet von seinem Cousin, reist ihr allerdings hinterher, um sie zurückzuholen.

Die Geschichte ist dramaturgisch geschickt inszeniert. Sie gab aber auch Anlass zur Kritik. So wurde bemängelt, es bestehe die Gefahr, dass der/die unkritische Zuschauer*in Fehlinformationen über die jüdische Religion ableite. Darum sei an dieser Stelle betont, dass die dargestellte Lebenswelt von Esty keinesfalls als Beispiel für die jüdische Religion gesehen werden darf.



Marco Toscano empfiehlt: «The Last Dance».

Politik in einer ESPN-Hochglanz-Serie über Michael Jordan, den Über-Sportler und Vorbild für alle jene, die «es schaffen wollen»? Absichtlich oder nicht, die als Mini-Serie produzierte Dokumentation gibt Einblick in die kapitalistischen Kontexte und Mechanismen, die eine solche Karriere erst produzieren. Sie zeigt nicht nur die individualistische Arbeitsethik und kompetitive Besessenheit ihres Helden, sondern stellt den Schwarzen Jungen aus kleinbürgerlichen Verhältnissen neben zwei andere Schwarze männliche Protagonisten: Scottie Pippen und Dennis Rodman – mit anderen Voraussetzungen und anderen «Karrieren». Jordans Erfolg ist mit Markenaufbau und dem Sendungsbewusstsein der «Americana» wesentlich verstrickt. Doch dann ist da die Frage, ob ein Schwarzer Mann in den USA sich als unpolitisch verstehen und bloss Karriereziele verfolgen kann. Und nicht zuletzt wird sichtbar, wie im Narrativ des talentierten und erfolgreichen Vorbilds, das alles richtig macht und doch nicht erlöst wird, Frauen nur als Mütter thematisiert werden dürfen.

Albtraum Weisse Schweiz

«Der [N-Wort] hat ein Messer in der Hand»: Der polizeiliche Funkspruch ging laut. Recherchen der «Republik» 2015 den 13 Schüssen voraus, die Zürcher Stadtpolizisten auf einen psychisch kranken Mann in Wiedikon abfeuerten. Der Satz will einem ebenso wenig aus dem Sinn wie die von der «Black-Lives-Matter»-Bewegung auch in der Schweiz aufgenommenen Worte des sterbenden George Floyd: «I can't breathe». Beide Sätze stehen im Kontext von Polizeigewalt. Sie stecken aber auch die Dimension der gesellschaftlichen Tragödie ab, die der tief verankerte Schweizer Rassismus bis zum heutigen Tag auslöst.

Worte haben Kraft

Worte haben Kraft. Man kann sich fragen, wie der Funkspruch gelautet hätte, wäre sein Sender Schwarz gewesen oder der verwirrte Mann Weiss. Hätten die Polizisten dann anders auf den verwirrten Mann reagiert? Hätten sie überhaupt geschossen? Hat der Hinweis auf das N-Wort die Polizisten in Panik versetzt oder das entmenschlichende Element dieser Bezeichnung die Hemmschwelle für die drastische Massnahme gesenkt? Wurde durch den Inhalt des Funkspruchs ein sensibleres, weniger eskalierendes Vorgehen verhindert? Weist die Verwendung des N-Worts im Funkspruch darauf hin, dass von den Polizeikörpern alle Persons of Color so bezeichnet werden? Wenn ja, wehren sich nicht-weisse Polizeimitglieder dagegen, aber ohne Erfolg? Oder tun sie das nicht, weil sie in der Minderheit sind? Würden sie es tun, wenn sie in grösserer Zahl vertreten wären?

«Ich kann nicht atmen» geht andererseits weit über das lebensbedrohende Symptom, das gewalttätiger Rassismus auslöst, hinaus. Die Worte haben sich dank der globalen Proteste mit der Kraft eines Lauffeuers in einen Appell verwandelt, der auch die hiesige Gesellschaft zwingt, dem Monster ins Gesicht zu schauen, anstatt das Problem weiter kleinzureden. Soziale, politische und institutionelle Strukturen hindern etliche Mitmenschen am freien Atmen. Das Gefühl der Atemnot ist durch und durch physisch, geht unmittelbar an die Substanz.

Überfälliger Abschied vom «Urschweizer»-Mythos

Wir sind in der Schweiz schon lange ein bunt zusammengewürfelter Haufen, das zeigt sich ausgeprägter in den Zentrumsgebieten des Landes, ist aber überall



im Land eine Realität. Die Debatten der letzten Wochen schaffen die Basis, einmal tief durchzuatmen und sich dann endlich, endlich von einem Bild der Schweiz zu verabschieden, das völlig unverdient immer noch in zu vielen Köpfen herum-schwirrt: dem einer überdimensionierten Kernschweiz, bestehend aus Urschweizer*innen (wie auch immer die aussehen sollen), Urschweizer Sprache und Urschweizer Werten, der sich alle «Anderen» als Minderheitengrüppli im besten Fall annähern können. Grosse Teile der jüngeren Generationen verstehen sich ganz selbstverständlich bereits als Mitglieder einer Gesellschaft, die auf kultureller, ethnischer und geschlechtlicher Diversität basiert. Das erklärt auch die grosse Vielfalt der Gruppen, die sich mit der «Black-Lives-Matter»-Bewegung solidarisieren. Diesen Gegebenheiten muss der Diskurs über unsere Gesellschaft und den Weg, den sie gehen soll, gerecht werden.

Empathie als Kitt

Seit Jahrzehnten wird von den rechtsbürgerlichen Kräften einerseits oben erwähntes Bild zementiert, andererseits aktiv immer wieder versucht, Keile in die grosse Gruppe der «Anderen» zu treiben,

sei dies durch Gesetze, populistische Aktionen oder durch das Schüren von Vorurteilen. Vordergründig geschieht dies, um eine imaginäre «Kernschweiz» zu bewahren. Tatsächlich erhält sie dem Land auf diese Weise eine frei manövrierbare Masse an Arbeitskräften, denen man lieber weniger als mehr Bürgerrechte gibt, damit sie jederzeit dort eingesetzt werden können, wo man sie gerade braucht. Es werden existenzielle Nöte geschaffen – Wohnungsknappheit, unterbezahlte Arbeit etc. – und dazu immer wieder suggeriert, es reiche in diesem Land nicht für alle. Das schafft Atemlosigkeit unter den weniger privilegierten Bevölkerungsgruppen und das Gerangel um einen möglichst sicheren Platz in der Schweizer Gesellschaft hört so nie auf. Zusätzlich wird dadurch immer wieder verhindert, dass die Menschen Empathie für jene entwickeln, deren Realität sich von der eigenen unterscheidet. Dabei ist es gerade Empathie, die uns als Kitt im Alltag einander näherbringen könnte.

Die Verantwortung der Medien – gegen den Nationalitätenpranger

Den Medien kommt hier eine besondere Stellung zu, denn sie vermögen – wenn sie denn wollen –, über Menschen und Menschengruppen differenziert zu berichten, Einblicke in unterschiedliche Realitäten zu vermitteln, Zusammenhänge herzustellen, ohne die Komplexität von Gesellschaftsgefügen zu verschleiern. Sie können Rassismus verstärken oder helfen, ihn in die Schranken zu weisen. Um letzteres zu garantieren, war es bis 2001 zum Beispiel nicht üblich, die Nationalität im Zusammenhang mit einem Delikt zu publizieren. Die gesellschaftliche Schädlichkeit dieses Nationalitätenprangers konnte seit damals in diversen Studien nachgewiesen werden. Trotzdem hat sich eine Mehrheit des Zürcher Kantonsrats dafür entschieden, ihn wieder einzuführen. Gegen diesen Entscheid haben diverse Gruppen, Parteien und natürlich auch die AL das Referendum ergriffen, dessen Sammelfrist am 30. Juli abläuft.

Wir haben also die Basis für einen sehr breiten Diskurs: die Folgen der Corona-Krise für die schon zuvor Diskriminierten, 50 Jahre Schwarzenbach und was das in unseren Köpfen angerichtet hat, die Anliegen der «Black-Lives-Matter»-Bewegung und die Frage, ob die Medien die Kluft zwischen uns allen vergrössern oder verringern wollen.

Andrea Leitner, AL-Gemeinderätin

Corona: Unser Standpunkt

Die Corona-Gesundheitskrise hat ans Licht gezerrt, was bereits seit Jahren im Argen liegt: Die Ökonomisierung der Pflege und die «Lean Management»-Logik verkennen den Wert der Pflegearbeit, vertreiben Menschen aus ihrem Beruf, verlagern Kosten dorthin, wo Profite erzielt werden können, und verhindern eine vorausschauende Lagerhaltung. Den Preis dafür tragen wir als Gesellschaft. So oder so.

Wer in die Pflege einsteigt, liebt seinen Beruf. Aber die Bedingungen sind prekär. Der Schichtdienst hängt an. Auch wenn er nicht mit Familie vereinbart werden muss. Frauen und Männer in der Pflege tragen eine grosse Verantwortung, wenn sie Symptome richtig erkennen, Assistenzärzt*innen zu Aktionen bewegen, Sterbende begleiten müssen. Das alles unter grossem Zeitdruck, bei tiefem Lohn und wenig Anerkennung. Viele steigen aus. Zu viele. Diesen Frühling fehlten 11 000 Pflegefachpersonen.

Fallpauschalen und der Aberglaube an die Effizienz

2012 kamen die Fallpauschalen und der Glaube an die Effizienz betriebswirtschaftlich strukturierter Prozessabläufe. Leitungspersonen wurden frühzeitig in Rente geschickt oder innerbetrieblich umdisponiert, viele sind ausgestiegen. Wegen der zunehmenden Bürokratie und dem daraus entstehenden Unmut. Weil die

Zeit für eine sichere, geschweige denn gute Pflege fehlte, weil beim Personal gekürzt wurde.

Spardruck und Bürokratie

Direkt am Bett spürt man den Spardruck unmittelbar. Alles muss schneller gehen, günstiger sein. Wirtschaftlichkeit und Kostenfaktoren stehen im Vordergrund und nicht die Gesundheit. Immer mehr muss dokumentiert werden, davon hängt auch die Zahl der bewilligten Stellen ab. Ein grotesker Widerspruch: weniger Zeit für direkte Pflege, da es wichtiger ist, festzuhalten, wie oft die Urinflasche gereicht wurde, da diese Handlung verrechnet werden kann. Wird das nicht dokumentiert, schlussfolgert das Management, dass es weniger Personal braucht. Ein kranker Teufelskreis.

Es ist bekannt, dass Pflegequalität und Patient*innensicherheit von genügend Pflegefachpersonen abhängig sind. Mehr Sicherheit für die Patient*innen bedeutet weniger Wiedereintritte, da so Komplikationen, fehlende Informationen und Instruktionen beim Spitalaustritt vermieden werden können. Zudem führt dies zu kürzeren Spitalaufenthalten und tieferen Infektionsraten. Dafür brauchen die Pflegefachfrauen aber mehr Zeit für Gespräche mit den Patient*innen, über das Leben, die Krankheit, das Sterben

und die Ängste.

Keine Wirtschaft ohne Care-Arbeit

Aber diese personenbezogenen Dienstleistungen sind und bleiben zeitintensiv. Wir müssen uns als Gesellschaft fragen: Wie sieht ein gutes Leben auch im Alter und bei Krankheit aus? Was braucht es für ein würdevolles Sterben und was darf das kosten? Wie wollen wir diese Arbeit organisieren und vor allem auch bezahlen? Diese Fragen waren schon vor der Krise offenkundig. Und sie sind eng verknüpft mit der Gleichstellungsfrage, da mehrheitlich Frauen im Niedriglohn-Care-Sektor arbeiten. Im Care-Bereich arbeiten alle entweder zu billig oder gratis. Dank der Krise haben jetzt wohl alle begriffen, dass diese Berufe systemrelevant und folglich unverzichtbar sind. Ohne die bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit funktioniert der Rest der Wirtschaft nicht; und wenn der Rest der Wirtschaft im Lockdown ist, wird hier weitergearbeitet. Da realisierte wohl manch gut bezahlter Manager im Homeoffice, wie zweitrangig seine Arbeit im Grunde ist. Die Gesellschaft weltweit hat es begriffen und zurückgegeben, was sie konnte: Klatschen auf den Balkonen und Anerkennung von allen Seiten. Aber Klatschen reicht nicht. Diese Arbeit muss sich lohnen. Auch und gerade, wenn man sie in Teilzeit ausübt.

Gesundheit ist keine Ware

Geht es aber um höhere Löhne für das Pflegefachpersonal, tönt es rasch zurück: Dann werden die Krankenkassenprämien noch mehr steigen. Ein Killerargument, das zudem so falsch ist. Die grössten Kostentreiber sind die Spezialärzt*innen, Medikamente, ambulante Behandlungen, hohe Managerlöhne.

Wir müssen endlich anerkennen, dass die systemrelevanten Berufe einen Preis haben, den wir zahlen müssen. Mit dem Abzug des Managements aus dem Care-Sektor, der Rücknahme der Fallpauschalen und dem Wechsel hin zur Bedarfsfinanzierung, wie es das Care-Manifest fordert, wäre jetzt der richtige Moment, einen entscheidenden Schritt zu tun, um der Pflegearbeit ihren gerechten Wert zu geben. Gesundheit ist keine Ware, Care-Arbeit ein Dienst für alle. In einer Pandemie und immer.

Nadine Deringer und Dayana Mordasini



So gut es geht: Nadine Deringer in selbstgebastelter Schutzkleidung an ihrem Arbeitsort.

Pandemie und Grundrechte

Zur Pandemie-Bekämpfung hat der Bundesrat über Notrecht einschneidend in das Grundrecht der freien Meinungsäusserung und der Versammlungsfreiheit eingegriffen. Zwar ist nicht umstritten, dass aus epidemiologischen Gründen physische Kontakte zwischen Menschen reduziert werden sollten und Versammlungen ein Infektionsrisiko darstellen. Gleichzeitig besteht aber gerade in solchen Ausnahmesituationen Anlass, sichtbar Protest zu äussern.

1. Mai: Stadtpolizei greift rigoros durch

Am 1. Mai zeigte sich eindrücklich, wie die COVID-19-Verordnung 2 die Grundrechte einschränken kann. Am 30. April hiess es noch aus Bundesbern, Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit seien auch am 1. Mai gewährleistet: «Denkbar sind alle Formen von politischen Äusserungen, bei denen es zu keinen Menschenansammlungen kommt (beispielsweise Aufstellen von Plakaten im öffentlichen Raum).» Die Behörden hätten einen Handlungsspielraum, «insbesondere, wenn sich nur einzelne Personen an einer Aktion beteiligen».

Die Realität sah dann aber anders aus. In der Stadt Zürich kam es zu zahlreichen kreativen Aktionen. An verschiedenen Orten wurden 1. Mai-Transpis aufgehängt und unter Einhaltung der Distanz- und Hygienevorschriften des BAG und in Gruppen von meist fünf oder weniger Personen trugen Menschen ihre politischen Botschaften in den öffentlichen Raum. Die Stadtpolizei schritt rigoros ein und unterband jegliche Art von Meinungsäusserung. Sie riss Transparente herunter und beschlagnahmte diese, auch auf privaten Grundstücken, sprach Wegweisungen auch gegen Personen aus, die die BAG-Vorgaben einhielten, und focht sich selber um geltende Distanz- und Hygienevorschriften.

Fadenscheinige Rechtfertigungen

Ihr rigoroses Einschreiten rechtfertigte sie mit fadenscheinigen Argumenten (Anfrage Schiller/Maggi, GR 2020/169):

- «In den Erläuterungen zur COVID-19-Verordnung 2 ist eine öffentliche oder private Veranstaltung ein zeitlich begrenztes, in einem definierten Raum oder Perimeter stattfindendes und geplantes Ereignis, an dem mehr als fünf Personen teilnehmen. Bilden sich koordiniert mehrere Gruppen zu fünf Personen mit gewissem Abstand, die aber letztlich eine Einheit darstellen, ist von einer verbote-

nen Veranstaltung auszugehen. Erlaubt sind also nur Kleingruppen, die untereinander keinen (räumlichen) Zusammenhang haben.»

- «Das Anbringen von Transparenten im öffentlichen Raum ist gemäss Art. 10 Allgemeine Polizeiverordnung verboten. Widerrechtlich aufgehängte Plakate können deshalb sichergestellt werden.»

Wirtschaftsfreiheit Ja, Meinungsäusserungsfreiheit Nein?

Wenn ein Laden mit einem Plakat um Kunden wirbt und mehrere Dutzend Personen davor in einer Reihe anstehen, gilt dies nicht als Veranstaltung. Wenn aber fünf oder weniger Personen unter Einhaltung der BAG-Vorschriften mit einem Polit-Plakat durch die Strassen ziehen oder an einem Ort stehen, wird das als verbotene Veranstaltung taxiert. Inwiefern ist die Gefahr, dass sich dieser Gruppe mehrere Personen anschliessen, grösser als bei einem Laden? Und was hat das Abhängen von Plakaten mit COVID-19-Bekämpfung zu tun?

Staatsanwaltschaft auf Repressionskurs

Das Verbot der COVID-19-Verordnung hat auch gravierende juristische Konsequenzen. Die Teilnahme an einer unbewilligten Demo und der Verstoss gegen das Versammlungs-Verbot gemäss COVID-19-Verordnung sind Über-

tretzungen, die mit einer Busse geahndet werden. Die Missachtung des Veranstaltungs-Verbots der COVID-19-Verordnung ist dagegen ein Vergehen, das mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden kann und zu einem Eintrag ins Strafregister führt.

Die Oberstaatsanwaltschaft interpretiert die COVID-19-Verordnung dahingehend, dass bei Demo-Organisator*innen und allfälligen Gehilf*innen ein Vergehen, bei Teilnehmer*innen dagegen nur eine Übertretung vorliegt. Je nach konkreten Umständen könnten allerdings auch Mitläufer*innen den Tatbestand des Vergehens erfüllen, namentlich wenn sie eine ausdrückliche Abmahnung der Polizei unter Hinweis auf die COVID-19-Verordnung missachteten.

Die Weisung der Oberstaatsanwaltschaft geht viel weiter als die anderer Kantone. Wie kann es sein, dass man Stunden investiert, um Demo-Teilnehmer*innen mit der maximal möglichen Härte zu bestrafen? Auch in Pandemie-Zeiten darf ein Verbot von Demos und öffentlichen Meinungsäusserungen nur als allerletztes Mittel eingesetzt werden. Einschränkungen müssen sich am gesundheitlichen Schutzzweck orientieren und verhältnismässig sein, insbesondere im Vergleich mit anderen Aktivitäten, die erlaubt sind.

Christina Schiller, AL-Gemeinderätin



Fast schon zur Ikone geworden: Aufnahme einer Verhaftung am 1. Mai 2020 in Zürich.

Birkenhof – was, wenn der Referenzzinssatz steigt?



Zürich hat ein grosses Bevölkerungswachstum vor sich. Bis 2035 ist mit über 4000 Personen mehr pro Jahr zu rechnen. Bei einer durchschnittlichen Belegung von zwei Personen müssen

damit jedes Jahr rund 2000 Wohnungen erstellt werden. Soll sich der Anteil der Mietwohnungen gemeinnütziger Bauträger auf einen Drittel erhöhen, müssen jährlich bis zu 1000 gemeinnützige Wohnungen entstehen. Will Zürich eine Stadt für alle sein, gelingt dies nur, wenn Bau- und Instandsetzungskosten niedriger gehalten werden als heute üblich.

Am Beispiel des Birkenhofs zeigt sich, dass die Stadt dies noch nicht erkannt hat. Es ist unumstritten, dass die 90-jährige gemeinnützige Wohnsiedlung im Quartier Unterstrass instandgesetzt werden muss. Die Aufwendungen für diese Sanierung betragen Fr. 32 090 000. Daraus resultieren für die 101 Wohnungen Sanierungskosten von 317 323 CHF pro Wohneinheit!

Vergleicht man diese Zahl mit vergangenen Sanierungen von städtischen Wohnsiedlungen, liegen die Kosten für diese Gesamtinstandsetzung um 20-33% höher.

Die Wohnbauförderungsverordnung des Kantons schreibt bei Neubauten vor, dass für eine 3 1/2-Zimmerwohnung die pauschalierten Erstellungskosten nicht mehr als 342 400 CHF betragen dürfen. Dass die Kosten für die Sanierung des Birkenhofs praktisch gleich hoch sind wie die für einen Neubau, zeigt das Missverhältnis auf. Die Höhe der Sanierungskosten hat bei den momentan tiefen Referenzzinsen zwar keinen grossen Einfluss auf die Mieten. Steigt der Referenzzinssatz, erhöhen sich die Mieten im Modell der Kostenmiete jedoch viel drastischer, als wenn die Überwälzungsregeln des Obligationenrechts gelten.

Wenn die Mieten derart ansteigen, muss ein Teil der BewohnerInnen die Siedlung verlassen. Das kann es nicht sein! Deshalb muss bei solchen Projekten viel strikter überprüft werden, was genau erneuert werden muss und was nicht.

Christina Schiller, AL-Gemeinderätin

Corona-Subkommission eingesetzt



Auf Initiative der AL wurde im Kantonsrat eine kombinierte Subkommission der Geschäftsprüfungs-(GPK) und Finanzkommission (FIKO) eingesetzt. Sie besteht aus Mitgliedern aller Fraktionen und

soll sich mit den kantonalen Massnahmen rund um Corona beschäftigen.

Eine der Hauptaufgaben dieser Kommission ist neben einer Beurteilung auch das Stellen von Fragen. Doch was für Fragen stellen sich überhaupt, wenn Sachen wie der Lockdown und die Schulschliessungen alle vom Bund diktiert worden sind?

Neben dem direkten Einfluss des Home Office auf die kantonale Verwaltung gilt es die Arbeit des vom Regierungsrat eingesetzten kantonalen Führungsstabs (KFO) aus Vertretern von Polizei, Feuerwehr, Kantonsapotheke und verschiedenen Ämtern zu prüfen. Durch den Notstand erhielt der Regierungsrat mehr Kompetenzen und es stellt sich die Frage, ob diese auch verhältnismässig genutzt wurden und ob die erlassenen Notstandsverordnungen sinnvoll und

gesetzeskonform waren.

Weiter hat die Krise Mängel in der Pandemievorsorge aufgezeigt. Die Materiallager der Spitäler waren nur ungenügend bestückt und der Kanton kann hierzu nur Empfehlungen rausgeben. Es stellt sich also die Frage, ob der Regierungsrat genug Weisungsbefugnisse gehabt hätte, wenn wirklich nicht mehr genug Spitalbetten im Kanton vorhanden gewesen wären. Auch die Beschaffung von Schutzausrüstung ist ein Thema. Und man darf sich durchaus fragen, ob die kurzfristige Anschaffung einer Maskenproduktionsmaschine mitten in der Krise eine sinnvolle Investition darstellte.

Weitere Themen sind die Auswirkung auf die Asylsuchenden und der Umgang mit der Krise in den sehr engen Verhältnissen in den Lagern und die Frage, ob die kantonalen Soforthilfen im Kultur- und Sportbereich auch wirklich funktionieren und ankommen.

Natürlich ist diese Liste nicht abschliessend – Habt Ihr selbst weitere Fragen? Als Mitglied der Subkommission kann ich diese dann dort einbringen - schreibt mir doch einfach eine kurze Mail an m.sahli@al-winti.ch!

Manuel Sahli, AL-Kantonsrat

Unruhe bewahren

4. März: AL und Grüne protestieren in Fraktionserklärung gegen "Weiter so"-Politik beim «Hotel Suff» und Vergabe ärztlicher Dienstleistungen an OSEARA AG.

1. April: AL-Gemeinderätin Christina Schiller fordert in «Zürich West»-Kolumne Mietererlasse für Geschäftsmieter*innen mit Corona-bedingten Betriebsschliessungen.

3. April: Trotz Pandemie reicht die AL ihre kantonale Initiative gegen Steuergeschenke für Grossaktionär*innen mit 6800 Unterschriften ein.

20. April: Zur Bewältigung der Coronakrise fordern die AL-Kantonsrät*innen Markus Bischoff, Manuel Sahli und Judith Stofer mit Parlamentarischer Initiative eine auf fünf Jahre befristete Zusatzsteuer auf Vermögen über 2 Mio Franken.

24. April: AL, SP und Grüne fordern Verzicht auf Räumung des Juch-Areals während der Coronakrise. Stadtrat krebst zurück und schiebt Räumung auf.

4. Mai: AL-Kantonsrätin Melanie Berner protestiert in Fraktionserklärung gegen Kriminalisierung von Demonstrierenden am 1. Mai.

6. Mai: In einer Fraktionserklärung übt AL-Gemeinderätin Christina Schiller harsche Kritik an der Unterdrückung der Meinungsäusserungsfreiheit am 1. Mai und am fehlenden Schutzkonzept der Stadtpolizei.

15. Mai: AL unterstützt Petition gegen Lastwagen-Wendeplatz auf dem Juch-Areal und protestiert gegen sinnlosen Abriss von Kulturraum und Hinterzimmer-Deal der Stadt mit dem Bauriesen HRS. Manuela Schiller reicht 1466 Unterschriften bei Stadtrat Golta ein.

26. Mai: Erfolgreiche Premiere von «Digit-AL – Debatten im Netz» zu «Corona & Gesundheitspolitik».

10. Juni: AL-Gemeinderätin Ezgi Akyol verliest ein Statement von Schwarzen Aktivist*innen zu den Black Lives Matter-Demonstrationen in Zürich und zum Rassismus in der Schweiz.

17. Juni: AL lanciert mit Gewerkschaftsbund, SP, Grünen, Caritas, HEKS und SAH in Zürich, Winterthur und Kloten Initiativen für einen Mindestlohn von CHF 23 pro Stunde.

Finanzen

Damit wir Unruhe bewahren können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, PC 87– 63 811– 5

IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Unter dem Firnis lauert die Not



Corona führt uns die globale Vernetzung und gleichzeitig das erschreckend begrenzte Ausmass der internationalen Solidarität so klar wie wohl

noch nie vor Augen. «No surprise» werden manche sagen. Ein bisschen überrascht war ich hingegen doch über die Verletzlichkeit, neudeutsch «Vulnerabilität», unserer «there is no alternative»-Marktwirtschaft.

Die Krise hatte kaum begonnen, da heulten schon landauf landab die Sirenen. Unglaublich vielen Menschen, ganzen Wirtschaftszweigen ging in kürzester Zeit das Geld aus. Schlangen bildeten sich bei der Gratis-Essensabgabe - in der Schweiz, in Genf und Zürich!

Die Erfahrung, dass diesem vermeintlich «besten aller Systeme» selbst im innersten Zentrum so schnell der Schnauf ausgeht, dass der Kapitalismus, der uns allen das grosse Glück verspricht, im Moment der Krise so vielen (Menschen) so wenig (Schutz) bietet, war und ist erschreckend, ernüchternd, buchstäblich ein Armutszeugnis.

Schliesslich kommt die Rettung - wie schon in der Finanzkrise - vom Staat, dem viel geschmähten, mittels Interventionen in noch nie gesehene Ausmass und beschlossen in atemberaubendem Tempo - unter Notrecht. So kann das grösste Unheil vermieden, viel Not gelindert werden.

Es bleibt zu hoffen, dass die Corona-Krise irgendwann vorbei ist. Sicher nicht vorbei wird die Klima-Krise sein. Der Ausstieg aus den fossilen Energien, die Verwirklichung des Netto Null CO2-Ziels, ist eine epochale Aufgabe, die ebenso enorme Investitionen erfordert.

Darum müssen wir die finanziellen Stützungs- und Rettungsgelder, die zur Milderung der Corona-Krise eingesetzt werden, mit Bedingungen verknüpfen, die den ökologischen Umbau befördern und gleichzeitig soziale Ungleichheit verringern. Die Krise hat gezeigt, wie schnell sich vieles verändern und Unmögliches plötzlich möglich werden kann. Das kann und sollte uns auch Mut machen.

Richard Wolff, AL-Stadtrat

Ein Lohn zum Leben



Entscheidender Faktor in Klotens grossem Niedriglohnsektor: das Flughafenpersonal.

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich (GBKZ) hat zusammen mit AL, SP, Grünen sowie den Hilfswerken HEKS, Caritas und SAH in den Städten Zürich, Winterthur und Kloten die kommunalen Initiativen «Ein Lohn zum Leben» lanciert. Wer in diesen Städten arbeitet, soll einen Mindestlohn von CHF 23 pro Stunde erhalten.

Mit diesen 23 Franken kann ein Monatslohn von rund 4'000 Franken erreicht werden. Das Bundesgericht hat Mindestlohnvorschriften gutgeheissen, jedoch enge Schranken gesetzt. So dürfen diese ausschliesslich sozial und nicht gewerkschaftlich begründet sein und sollen «Working poor» verhindern. Wer arbeitet, soll gleich viel Geld erhalten wie jemand mit einer Rente und Ergänzungsleistungen.

Die Initiative greift Tieflohne frontal an. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind dies Löhne, die weniger als zwei Drittel des nationalen Medianlohnes betragen. Im Jahr 2018 lag diese Grenze bei 4'358 Franken.

In der Stadt Zürich arbeiten rund 500'000, in Winterthur 75'000 und in Kloten 37'000 Personen. Im ganzen Kanton sind es etwa eine Million. Damit könnten rund 60 Prozent der Arbeitnehmenden im Kanton von Mindestlöhnen profitieren. In der Stadt Zürich beziehen gemäss Lohnstrukturhebung 30'183 Menschen Tieflohne. Das sind 8.6 Prozent aller Beschäftigten. 63 Prozent der Betroffenen sind Frauen. Rund 17'000 der Tieflohner*innen arbeiten für weniger als 4'000 Franken monatlich: Sie könnten von der Mindestlohn-Initiative unmittelbar profitieren.

Je tiefer der Tieflohn, desto höher wird der Frauenanteil. Bemerkenswert

ist, dass 43 Prozent der Tieflohnbeziehenden in der Stadt Zürich zwischen 30 und 49 Jahren alt sind. Es sind also nicht nur junge BerufseinsteigerInnen betroffen.

Betroffen sind zwischen 70 und 80 Prozent der Arbeitnehmenden in Wäschereien und mehr als zwei Drittel der Beschäftigten in Coiffeursalons. Auch mehr als die Hälfte der Beschäftigten in der Gebäudereinigung sowie im Garten- und Landschaftsbau arbeiten für Tieflohne. Dazu kommt jedeR dritte Arbeitnehmende in der Gastronomie, der Beherbergung und weiteren Dienstleistungsbereichen. Bei Kurier- und Expressdiensten, bei einigen Sicherheitsdiensten oder der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln gibt es ebenfalls oft sehr tiefe Löhne. Für viele überraschend erhalten auch Flugbegleiter*innen Löhne, die kaum zum Leben reichen. So liegt der monatliche Einstiegslohn des Kabinenpersonals bei der Swiss deutlich unter 4'000 Franken.

Der Druck auf die tiefen Löhne hat in den letzten Jahren zugenommen. So fielen die Reallöhne in der Sicherheitsbranche zwischen 2016 auf 2018 um 5,9 Prozent und bei den Post- und Kurierdiensten um 2,9 Prozent. Die Corona-Krise hat diesen Druck weiter erhöht. Gerade schlechte bezahlte Jobs wie Kurierdienste und Eingangskontrollen haben massiv zugenommen. Die Mindestlohninitiative setzt ein starkes Zeichen gegen die Prekarisierung der Beschäftigten.

Markus Bischoff, AL-Kantonsrat und Präsident Gewerkschaftsbund Kanton Zürich